Vorlage Stadtparlament vom 23. April 2009 Nr. 0407

Stadtparlament: Interpellationen

Interpellation Bettina Surber: Konjunkturmassnahmen – was plant die Stadt St.Gallen?; schriftlich

Bettina Surber sowie 26 mitunterzeichnende Mitglieder des Stadtparlaments reichten am 17. Februar 2009 die beiliegende Interpellation "Konjunkturmassnahmen – was plant die Stadt?“ ein.

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation wie folgt:

Die konkreten Auswirkungen der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise lassen sich im Moment noch nicht überblicken. Der wichtigste Beitrag der städtischen Finanzpolitik zu einer Stabilisierung der Konjunktur besteht darin, eine „Politik der ruhigen Hand“ zu betreiben: Weder zusätzliche Ausgabenprogramme noch Sparpakete sind in der aktuellen Situation der richtige Weg. Angestrebt werden vielmehr ein stabiles Ausgabenverhalten sowie eine stabile Steuerfusspolitik.

Die Rezession wird sich auf der Aufwandseite (Sozialausgaben) wie auch auf der Ertragsseite (Steuereinnahmen) auswirken. In welchem Ausmass dies der Fall sein wird, lässt sich im heutigen Zeitpunkt noch nicht genau beurteilen. Hinzu kommen die Einnahmenausfälle aus der Steuergesetzrevision. Zweifellos steht der städtische Haushalt in den nächsten Jahren vor einer schwierigen Situation: Die Investitionen werden sich nicht mehr aus eigener Kraft finanzieren lassen. Dank des Abbaus der Verschuldung in den letzten Jahrzehnten und dem erreichten niedrigen Schuldenstand kann ein Anstieg der Verschuldung jedoch verkraftet werden.

1 Auswirkungen der Finanzkrise (Frage 1)

Die möglichen Szenarien über die weltweite Entwicklung gehen derzeit sehr weit auseinander. Es gibt Aussagen, wonach sich bereits im zweiten Halbjahr 2009 eine Erholung einstellen könnte. Andere wiederum nehmen an, dass es sich um eine ernsthafte Systemkrise handelt, deren Bewältigung noch Jahre dauern wird. In dieser Situation auf städtischer Ebene genauere Aussagen machen zu wollen, wäre unseriös. Vielmehr geht es darum, die Entwicklung aufmerksam zu beobachten und ohne Hektik den auf städtischer Ebene bestehenden Handlungsspielraum zu nutzen Es kann festgehalten werden, dass die Ausgangslage der Stadt dank der stark diversifizierten Wirtschaftsstruktur und des gesunden Finanzhaushaltes von Kanton und Stadt relativ gut ist.

Es wird allgemein erwartet, dass die Arbeitslosigkeit insbesondere in den exportorientierten Branchen ansteigen wird; aber auch die Finanzbranche steht vor einer schwierigen Zeit. „Die starke Zunahme der Zahl der bei den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) registrierten Arbeitslosen gegenüber dem Vorjahr (+ 27,5 %) signalisiert eine Trendwende in der Arbeitsmarktentwicklung …. Hinweise auf ein Ende des Beschäftigungswachstums in den nächsten Monaten zeigen sich bei den folgenden Kennzahlen: Der Indikator der Beschäftigungsaussichten verzeichnet einen Rückgang und befindet sich erstmals seit Beginn der Messung im Jahr 2004 im Abnahmesegment. Der Index der offenen Stellen brach gegenüber dem Vorjahresquartal um 34 Prozent ein.“ [1] Die Schweizerische Nationalbank rechnet nach neuesten Angaben mit einem Schrumpfen des Bruttoinlandprodukts im laufenden Jahr um zwei bis drei Prozente. Das Gespenst einer Deflation geht um.

Die Rezession wird sich auf städtischer Ebene einerseits bei den Steuereinnahmen und anderseits bei den Sozialhilfeausgaben auswirken. Diese Faktoren werden im Hinblick auf das Budget 2010 sowie in den Leistungs- und Finanzperspektiven 2011 bis 2013 quantifiziert und in Zahlen gefasst. Darüber wird die GPK im Juni, das Parlament im Rahmen des Budgets orientiert. Aber bereits heute lässt sich sagen, dass ein allfälliges Ansteigen der Verschuldung in Kauf genommen werden muss.

Angesichts der grossen Unsicherheiten gibt es gar keine andere Möglichkeit, als mit relativ groben Szenarien zu arbeiten. Detaillierte Analysen werden erst im Nachhinein möglich sein. Entscheidend ist vielmehr, dass alle getroffenen Massnahmen in die richtige Richtung wirken. Zuversichtlich stimmt auch, dass mit den Reservenbildungen der vergangenen Jahre und dem neuen Finanzausgleich, welcher für die Soziallasten im Unterschied zu früher eine

[1] Amtsblatt des Kantons St.Gallen, Nr. 10 vom 2.3.2009, S. 647

Mitfinanzierung durch den Kanton vorsieht, die Rahmenbedingungen für die Stadt gut gestaltet wurden.

2 Rahmenbedingungen für eine städtische Konjunkturpolitik

„Wir befinden uns in der grössten und vor allem komplexesten Finanzkrise der Nachkriegszeit, die sich nun mit voller Wucht auf die globale Wirtschaft auswirkt“.[2] Es ist ungewiss, ob die bisherigen Instrumente der Konjunkturpolitik ausreichen werden, um die Probleme zu lösen. Das Lehrgeld ist sehr hoch und besteht aus einem Anstieg der weltweiten Arbeitslosigkeit sowie Hunger und Not vor allem in den Ländern der Dritten Welt. Welche Auswirkungen die Schweiz zu erwarten hat, ist sehr ungewiss.

Die weltwirtschaftlichen Probleme müssen zweifellos in erster Linie auf nationaler und internationaler Ebene gelöst werden. Im Zentrum stehen dabei die Fragen der internationalen Finanzarchitektur. Dennoch wäre es falsch, die Handlungsmöglichkeiten auf Gemeindeebene zu negieren. Denn trotz der hohen Exportabhängigkeit der Schweiz sind die lokalen und regionalen Wirtschaftsbeziehungen weiterhin von Bedeutung. Ausserdem können auf Gemeindeebene einfacher und mit geringeren Risiken unkonventionelle Ideen (wie z.B. die Einkaufsgutscheine) umgesetzt werden, als dies auf nationaler Ebene der Fall ist.

Die durch die Finanzmarktkrise ausgelöste Rezession in der Schweiz und im Kanton St.Gallen ist primär eine importierte Rezession, ausgelöst durch den Einbruch der Exportwirtschaft. Die Möglichkeiten zur Stützung der Exportwirtschaft sind auf Kantons- und Gemeindeebene aber sehr beschränkt.

Den grössten Beitrag zur kurz- und mittelfristigen Stabilisierung der Konjunktur leisten zweifellos die „automatischen Stabilisatoren“: Einerseits tragen Arbeitslosenversicherung, Kurzarbeitsentschädigung und Sozialhilfe dazu bei, dass die Kaufkraft der Bevölkerung trotz Rezession im Wesentlichen erhalten bleibt. Anderseits kann durch eine stabile Ausgabenpolitik der öffentlichen Hand – allenfalls unter Inkaufnahme von Defiziten – ebenfalls die Nachfrage gestützt werden. An zusätzliche Konjunkturstützungsprogramme sind daher relativ hohe Anforderungen zu stellen und sie haben sich an den langfristigen Zielen der Wirtschafts- und Finanzpolitik zu orientieren.

---

[2] Philipp M. Hildebrand, Vizepräsident der Schweizerischen Nationalbank, Handlungsfähigkeit der Nationalbank in der Krise, Vortrag vom 21. Januar 2009

Auf städtischer Ebene sind in diesem Zusammenhang insbesondere die in den neuen Legislaturzielen enthaltenen beiden Massnahmen zu erwähnen, welche zu einer allgemeinen Stärkung des Wirtschaftsstandortes St.Gallen beitragen sollen:

- Schaffung einer Plattform zur Förderung von Innovationen und Unternehmensgründungen in Zusammenarbeit von Universität St.Gallen, Fachhochschule St.Gallen, Technologiezentrum für die Euregio Bodensee tebo und Standortförderung der Stadt St.Gallen

- Verankerung einer professionellen Geschäftsstelle der neu gebildeten Region Appenzell AR – St.Gallen – Bodensee für eine gemeinsame regionale Planung und eines regionalen Standortmanagements.

In der heutigen Situation sind aber auch kurzfristiger wirkende Massnahmen erforderlich. „ Für die effiziente Ausgestaltung fiskalpolitischer Stabilisierungsmassnahmen haben sich in der Ökonomie drei zentrale Leitlinien herauskristallisiert: Erstens müssen die Massnahmen zügig umsetzbar sein, damit sie keine ungewollte prozyklische Wirkung entfalten. Zweitens müssen die Massnahmen auf nachhaltige Investitionen oder auf die Stabilisierung des Konsums ausgerichtet sein und nicht die Spar- oder Importaktivität erhöhen. Drittens sollten die Massnahmen nur zeitlich befristet gelten, damit eine dauerhafte Erhöhung der Staatsverschuldung vermieden werden kann.“ [3]

Diesen allgemeinen Empfehlungen der Schweizerischen Nationalbank folgen auch die vom Stadtrat ins Auge gefassten Massnahmen.

3 Massnahmen auf städtischer Ebene

3.1 Investitions- und Verschuldungspolitik (Frage 2)

3.1.1 Eigentliche Investitionsprogramme?

Im Allgemeinen – und auch in der Interpellation - wird als Mittel der Konjunkturpolitik die Förderung der Investitionstätigkeit in den Vordergrund gestellt. Investitionsprogramme haben aber den Nachteil, dass ihre Vorbereitung eine längere Zeit dauert und sie sehr oft zu

[3] Thomas Jordan (Mitglied des Direktoriums der Schweizerische Nationalbank), Perspektiven für die Schweizer Wirtschaft 2009, Referat vom 15. Januar 2009

spät kommen. In der aktuellen Situation geht es zudem nicht um eine Krise der Bauwirtschaft. Eine besondere Stützung dieses Bereichs lässt sich daher nicht rechtfertigen.

Es kommt hinzu, dass die Investitionen der Stadt schon seit Jahren auf einem relativ hohen Niveau liegen und alle sinnvollen Investitionen sich in der Realisierungs- oder Planungsphase befinden. Dazu gehören die Neubauten im Kultur- und Schulbereich ebenso wie die Neugestaltung wichtiger Plätze (Bahnhofplatz, Marktplatz, südliche Altstadt). Dass diese Projekte zügig weiter verfolgt werden müssen, liegt – nicht nur aus konjunkturpolitischen Gründen – auf der Hand. Es ist aufgrund des angemeldeten Bedarfs und der allgemeinen Wirtschaftslage vorgesehen, im Budget 2010 die Nettoinvestition gegenüber 2009 etwa um 10 Prozent zu erhöhen.[4] Ein besonderes Vorziehen ausgewählter Investitionen ist aufgrund des ausgewiesenen Bedarfs in den einzelnen Bereichen nicht nötig und würde nur die Gefahr in sich bergen, dass die Auswahl nach dem Vorbereitungsstand und weniger nach der tatsächlichen Dringlichkeit erfolgen könnte.

Mit einer stabilen Nettoinvestition von rund 50 bis 60 Millionen allein im Bereich des allgemeinen Verwaltungsvermögens leistet die Stadt bereits einen wichtigen Beitrag. In dieser Summe nicht enthalten sind die über die Laufende Rechnung bezahlten baulichen Unterhaltsarbeiten (2008: 18,1 Millionen). Ebenfalls nicht enthalten sind die Investitionen der städtischen Betriebe, wobei insbesondere auch der in den nächsten Jahren geplante Aufbau des Glasfasernetzes und, sofern Parlament und Stimmvolk zustimmen, der Geothermie zu erwähnen sind. Diese beiden letztgenannten Projekte werden Investitionen von insgesamt über 300 Millionen zur Folge haben:

	Rechnung 2007 in 1'000 Fr.	Rechnung 2008	Budget 2009	Planung 2010
Bruttoinvestition Verwaltungsvermögen	68’404	68’693	62’789	65'000
Baulicher Unterhalt Laufende Rechnung	17’864	18’106	18’840	18’000
Investitionen sgsw	25’897	23’145	25’600	25’000
Investitionen Glasfaser Investitionen Geothermie	-	-	-	10’000 20’000
Total	112’165	109’944	107’229	138’000

[4] Wenn man berücksichtigt, dass die städtische Bevölkerung etwa 1/100 der Schweizerbevölkerung ausmacht, so entspricht eine Erhöhung der Nettoinvestition auf städtischer Ebene um ca. 5 Millionen in der Grössenordnung etwa dem II. Konjunkturpaket auf Bundesebene, welches ein Investitionsvolumen von 700 Millionen vorsieht. Zusammen mit den Investitionen der Werke liegen die städtischen „Investitionsimpulse“ sogar um einiges höher.

Zählt man alle diese Ausgaben zusammen, so zeigt sich, dass im Jahr 2010 ein eigentlicher Investitionsschub bevorsteht.

Auch die Anstrengungen im Bereich des Energiefonds/Energiekonzeptes sollen unvermindert weiter geführt werden. Wenn jedoch unter dem Titel der Konjunkturförderung z.B. zusätzliche Massnahmen im Energiebereich gefordert werden, so sind derartige Programme sehr kritisch zu beurteilen. Und dies aus verschiedenen Gründen: Auch Energiesparprogramme sind – so einleuchtend sie auch sein mögen – aus konjunkturpolitischer Sicht letztlich ganz normale „Ausgabenerhöhungsprogramme". Jede andere Interessengruppe (Sport, Schule, Kultur, Bau usw.) könnten mit der gleichen Berechtigung eine Förderung ihrer Ideen und Vorhaben verlangen und jeder Ausgabenforderung könnte ein „konjunkturpolitisches Mäntelchen" umgehängt werden. Dies würde zu ellenlangen, unfruchtbaren Auseinandersetzungen führen. Ausserdem haben sich Energieförderungsmassnahmen in der Vergangenheit durch besonders hohe Mitnahmeeffekte ausgezeichnet.[5]

Deshalb sollen alle Vorhaben wie bis anhin kritisch auf Effizienz und Notwendigkeit überprüft und im üblichen politischen Prozess ausgehandelt werden. Konjunkturpolitik sollte sich auf einige zentrale, finanzpolitische Grössen beschränken (Steuern, Investitionen, Verschuldung). Diese können unabhängig von den Wünschen der verschiedenen Anspruchsgruppen diskutiert werden.

3.1.2 Konjunkturgerechte Finanzierung der Investitionen

Stabilität in der Investitionstätigkeit ist ein zentraler Faktor zur Konjunkturstützung und entspricht der in der Stadt schon seit langem verfolgten Strategie. Dabei soll nicht die Ausführung der Investitionen, sondern vielmehr ihre Finanzierung konjunkturgerecht erfolgen. Die Finanzierung lässt sich über die Variierung der zusätzlichen Abschreibungen viel einfacher und zeitgerechter steuern. Konkret bedeutet dies, dass in guten Zeiten zusätzliche Abschreibungen vorgenommen werden und damit ein hoher Selbstfinanzierungsgrad angestrebt wird. In schlechten Zeiten dagegen wird auf zusätzliche Abschreibungen verzichtet. Durch diese azyklische Finanzierung der Investitionen kann letztlich auch der Steuerfuss stabil gehalten werden.

Es ist absehbar, dass die geplanten Investitionen in den nächsten Jahren nicht mehr aus eigener Kraft finanziert werden können. Erste Schätzungen haben ergeben, dass der Selbst-

[5] Ecopol, Konjunkturpakete auf Kantons- und Gemeindeebene, Empfehlungen – Massnahmen - Beurteilung, Studie im Auftrag der Vereinigung St.Galler Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten, März 2009, S. 18 und S. 24

finanzierungsrad bereits im Budget 2010 auf unter 50 Prozent sinken könnte. Dies ist ein Wert, der auch in der Rezession anfangs der 90er Jahre akzeptiert werden musste. Wenn die Stadt zur Finanzierung der Investitionen einen Anstieg der Verschuldung akzeptiert, so handelt sie auch ohne zusätzliche Investitionsprogramme konjunkturgerecht.

Zuweilen wird kritisiert, dass Konjunkturprogramme, welche durch eine zusätzliche Verschuldung finanziert werden, wenig erfolgversprechend seien, weil es nicht möglich sei, im Aufschwung die Verschuldung wieder abzubauen.[6] Betrachtet man aber die aktuellen, weltweiten Konjunkturprogramme, so scheint es zu einer steigenden Verschuldung gar keine wirklichen Alternativen zu geben.

In der Stadt St.Gallen kommt hinzu, dass in den vergangenen Jahrzehnten der Beweis erbracht wurde, dass die Verschuldungsentwicklung keine Einbahnstrasse sein muss: Seit 1999 wurde die Verschuldung absolut und in Relation zur städtischen Ertragskraft deutlich abgebaut[7]. Die Verschuldung pro Kopf ist – verglichen mit jener der anderen Gemeinden des Kantons[8] – relativ niedrig.

Deshalb kann eine Verlagerung der Investitionsfinanzierung auf kommende Generationen - in begrenztem Umfang – in Kauf genommen und ein konjunkturell bedingter Anstieg der Verschuldung akzeptiert werden. Dass dies sorgfältig geschehen muss und ein Anstieg der Verschuldung nur für die Finanzierung von Investitionen akzeptiert werden kann, versteht sich von selbst.

3.2 Steuerpolitik und Erhöhung der Kaufkraft

Es trifft zwar zu, dass der Konsum in der Schweiz bisher relativ stabil geblieben ist. Aber es gibt keine Zweifel, dass sich die Rezession auch im Konsum bemerkbar machen wird. Die Konsumentenstimmung hat sich in den letzten Monaten massiv verschlechtert.[9] Auch die

---

[6] Ecopol, S. 16

[7] Nettoschuld der Stadt St.Gallen

	in Mio. Fr.	in Prozent des einfachen Steuerertrages
1999	184,4	155,1 %
2008	143,1	100,9 %

[8] Gemeindefinanzstatistik des Kantons St.Gallen 2006: Nettoschuld je Einwohner/-in

Stadt St.Gallen	1'115 Franken
Durchschnitt St.Gallische Gemeinden	2'702 Franken

[9] Thomas Jordan (Mitglied des Direktoriums der Schweizerische Nationalbank), Perspektiven für die Schweizer Wirtschaft 2009, Referat 15. Januar 2009, S. 4

konsumorientierten Unternehmen rechnen für die kommenden Monate mit einem schwächeren Geschäftsgang.[10]

Mit der Absicht, eine Rezession über eine Erhöhung der Kaufkraft zu bekämpfen, werden in der Theorie oft auch Steuersenkungen empfohlen. Hinter dem Gedanken einer Steuerfussreduktion steht die Idee, dass mit einer derartigen Massnahme die Kaufkraft der Bevölkerung erhöht und damit die Konjunktur gestützt werden könnte. Allerdings ist die Wirksamkeit dieser Idee umstritten und die ausländischen Erfahrungen der letzten Jahre sprechen eher gegen diese These. Insbesondere wird der Idee der Steuersenkungen entgegen gehalten, dass aufgrund des Sparverhaltens der Bevölkerung nur ein geringer Anteil der vergüteten Mittel in den Konsum fliesst.[11]

Mit der Verteilung von Einkaufsgutscheinen wurde in der Stadt eine deutlich effektivere Alternative vorgeschlagen[12]: Damit kann die innerstädtische Kaufkraft kurzfristig und wirkungsvoll erhöht werden. Diese Massnahme ist effektiver als eine Steuerfussreduktion weil

- die Gutscheine ein Verfalldatum haben und im Unterschied zu Schweizer Franken nicht gespart werden können
- vor allem Familien und einkommensschwache Gruppen überproportional von den Gutscheinen profitieren und davon ausgegangen werden kann, dass in diesen Gruppen die Konsumquote sehr hoch ist.
- die Gutscheine nur auf Stadtgebiet ausgegeben werden können.

Vor diesem Hintergrund besteht in der Stadt aus konjunkturpolitischer Sicht für eine Steuerfussreduktion derzeit weder Handlungsbedarf noch Handlungsspielraum. Einerseits besteht kein Handlungsbedarf, weil durch die Steuergesetzrevision auf kantonaler Ebene auch die städtischen Steuerzahlenden entlastet werden. Anderseits besteht kein Handlungsspielraum, weil gerade diese Entlastungen – zusammen mit den Auswirkungen der Rezession - zu einer sehr schwierigen Budgetsituation mit hohen Defiziten führen werden. Es ist schon viel erreicht, wenn der geltende Steuerfuss nicht erhöht werden muss. Auch mit dieser Stabilisierung des Steuerfusses – ermöglicht durch die Reservebildungen in den letzten Jahren – verhält sich die Stadt konjunkturgerecht.

---

[10] Quartalsbericht der SNB, 1/2009, S. 43

[11] Ecopol, S.15

[12] Über diesen Antrag entscheidet das Stadtparlament an seiner Sitzung vom 28. April 2009, nach der Verabschiedung dieser Interpellationsantwort durch den Stadtrat am 23. April 2009.

3.3 Zusammenarbeit mit Kanton und Bund (Frage 3)

Eine eigentliche Zusammenarbeit mit den übergeordneten Staatsebenen gibt es unter dem Aspekt der Konjunkturförderung nicht. Alle Staatsebenen haben ihre eigenen Aufgaben und verfügen über unterschiedliche Instrumente zur Beeinflussung der Konjunktur. Die wichtigste Rolle spielt in der gegenwärtigen Situation zweifellos die Geldpolitik der Nationalbank.

Die Gemeinden stehen in der Konjunkturpolitik in der Regel nicht im Zentrum der Diskussion; dennoch sollte ihre Bedeutung nicht unterschätzt werden: Die Ausgaben der schweizerischen Gemeinden machen insgesamt 9,9 % des Bruttoinlandproduktes aus, was fast soviel ist wie jene des Bundes (11,5 %) oder der Kantone (15,4 %).[13] Wenn sich alle Gemeinden nach ähnlichen Grundsätzen verhalten, so ist ihre Bedeutung vergleichbar mit jener des Bundes.

Konkret hat sich die Stadt an einer Umfrage des Städteverbandes beteiligt und verfolgt natürlich mit Interesse die Diskussionen bei Bund und Kanton. Zweifellos ist es auch sinnvoll, wenn auf allen drei Staatsebenen eine ähnliche Politik verfolgt wird. Eine Umfrage bei den Kantonen[14] lässt Zweifel offen, ob alle Kantone die Notwendigkeit einer aktiven Konjunkturpolitik erkennen. Im Kanton St.Gallen ist die Fiskalpolitik im Jahr 2009 azyklisch, tätigt der Kanton doch Rekordinvestitionen und steigert die Gesamtausgaben um 5,1 %.[15] Und auf 2010 sind auf kantonaler Ebene erhebliche steuerliche Entlastungen geplant.

In diesem Sinne steht die städtische Politik grundsätzlich in Übereinstimmung mit den Ansätzen auf den übergeordneten Staatsebenen; eine zusätzliche Zusammenarbeit – über die ohnehin stattfindende Zusammenarbeit z.B. in den Agglomerationsprogrammen oder den verschiedenen kantonalen Bauten auf Stadtgebiet - erscheint daher nicht notwendig.

3.4 Sozialpolitik und kurzfristige Beschäftigungsprogramme

Den grössten Beitrag zur Stabilisierung der Konjunktur werden zweifellos die Institutionen des Sozialstaates leisten, auf welche die städtische Politik aber kaum Einfluss hat. Dazu gehören die Arbeitslosenversicherung und die Regionalen Arbeitsvermittlungszentren. Dazu gehört aber auch die Sozialhilfegesetzgebung, welche vom städtischen Sozialamt vollzogen wird.

---

[13] Öffentliche Finanzen der Schweiz 2005, Bern 2007, S. 3

[14] Thomas Unseld, Die Rolle der Kantone in der Konjunkturkrise, in: Die Volkswirtschaft, 3/2009, S. 32

[15] Ecopol, S. 12 f.

a) Sozialamt

Es ist offensichtlich, dass steigende Fallzahlen zu einer Erhöhung des Personalbestandes führen und die Auszahlung der Sozialhilfe und eine gute Betreuung von zentraler Bedeutung sein werden. Dank dem neuen Finanzausgleich werden diese Lasten in Zukunft vom Kanton – allerdings mit einer leichten zeitlichen Verzögerung – mitgetragen.

b) Stiftung für Arbeit

Ein Ausbau der Stiftung für Arbeit ist denkbar und wird laufend überprüft. Allerdings ist es auch für die Stiftung zunehmend schwieriger, geeignete Aufträge zu finden. Das heisst, das Grundproblem der mangelnden Nachfrage kann über die Stiftung nicht gelöst werden.

c) Allgemeine Beschäftigungsprogramme

Ein Weg, die Nachfrage zu erhöhen, besteht in der Durchführung städtischer Beschäftigungsprogramme. Allerdings haben bereits die Erfahrungen in der letzten Rezession gezeigt, dass die „Nachholarbeiten" in der Stadtverwaltung und in den ihr nahe stehenden Organisationen begrenzt sind und sich latent immer in Konkurrenz zur übrigen Wirtschaft befinden. Auch ist der Aufbau von Beschäftigungsprogrammen relativ personalintensiv.

d) Beschäftigungsprogramme für Jugendliche

In einer Rezession besteht die Gefahr, dass die Eingliederungschancen von Jugendlichen stark beeinträchtigt werden. Es kann daher sinnvoll sein, Jugendlichen durch Praktikumsprogramme und andere Massnahmen den Einstieg und den Verbleib im Erwerbsleben zu ermöglichen. In Einzelfällen werden bereits heute Jugendliche vom Sozialamt bei der Eingliederung in den Arbeitsmarkt unterstützt. Dabei besteht eine Zusammenarbeit mit einer breiten Trägerschaft. Derzeit wird eine Auslegeordnung gemacht und es werden Abklärungen vorgenommen, wie die berufliche Integration noch verbessert werden kann.

Der Stadtpräsident:
Scheitlin

Der Stadtschreiber:
Linke

Beilage:
Interpellation vom 17. Februar 2009